

Die Produktionslage in der Metallindustrie.

Verhandlungen zwischen Unternehmern, Beamten und Arbeitern.

In der gestrigen Konferenz der Interessenten der Metallindustrie sprach nach dem Staatskanzler Dr. Renner, dessen Rede wir an anderer Stelle veröffentlichen, Abg. Domes. Dieser bezeichnete als Voraussetzung, zu einer geordneten Produktion zu kommen, eine Regelung des Verhältnisses des Beamten und Arbeiters zum Unternehmer. Die angeblich hohen Löhne der Arbeiter und der Industrieangestellten stehen noch immer in keinem Verhältnis zu den Erhaltungskosten; die Arbeiter seien gezwungen, immer wieder neue Forderungen zu stellen. Vor allem müssen die Arbeiter auf die sofortige Ausbezahlung eines Anschaffungsbeitrages bestehen. Die Unternehmer in Wien und Niederösterreich zeigen sich den Wünschen der Arbeiterschaft gegenüber entgegenkommend. Je weiter man sich aber von Wien entferne, desto größerer Widerstand zeige sich. Die Regelung der Lohnfrage müsse daher für das ganze deutschösterreichische Staatsgebiet kollektiv geschehen. Besonderen Wert legen die Arbeiter auf eine Regelung der Arbeitsverfassung nach modernen Grundsätzen. Vor allem aber werde die Regierung auf dem Gebiete der Lebensmittelpreise Ordnung schaffen müssen. Von ebensolcher Wichtigkeit sei die Kohlenfrage. Staatskanzler Dr. Renner verweist darauf, daß vom nächsten Sonntag an die Mehlquote erhöht werde. Die Belastung des Staates habe schon beinahe die Belastungsgrenze erreicht. Daraus erlehe man, wie schwer es sei, die

Lebensmittelpreise zu stabilisieren, da diese ja ganz und gar von den Ententepräisen abhängen. Der Staatskanzler erklärte, daß wir sowohl in der Lebensmittel- wie in der Rohstoff- und Kohlenfrage ganz und gar davon abhängen, daß unsere Beziehungen nach außen ungetrübt sind und daß im Apparat der Zufuhren keine Störung eintritt, die sofort die Kohlen- und Lebensmittelfzufuhren unterbinden würde. Das ist der äußere Zwang, unter dem wir leben und der ganzen Arbeiterschaft zum vollen Bewußtsein gebracht werden müsse. Ingenieur Seidel betont, daß die Industriebeamten und Angestellten sich mit der Arbeiterschaft solidarisch erklären. Wenn auch nicht die Entlohnung der Arbeiter und Angestellten unter einem gelöst werden könne, so gebe es doch gewisse Fragen, die gemeinsam zu behandeln sein werden. Dazu gehöre die Demokratisierung der Betriebe. Das Betriebsrätegesetz genüge nicht; den Arbeitern und Angestellten müsse ein viel größerer Einfluß eingeräumt werden.

Staatskanzler Dr. Renner teilte mit, daß das Staatsamt für Heerwesen ursprünglich einen Materialbestand für 200.000 Mann Militär vorgesehen hatte, daß es diesen Bedarf auf 50.000 Mann reduziert habe und bereit sei, in eine weitere Reduzierung der Vorräte für das Militär zu willigen, so daß an das Zivil noch mehr werde hinausgegeben werden können. Experte Urban (Präsident des Wiener Industriellenverbandes) schlug die Einsetzung einer Wirtschaftskommission, zusammengesetzt aus Arbeitern und Unternehmern, und zur Vereinigung der Lohnfragen die Bildung von Unterausschüssen vor. Experte Hinterschweiger (Oberösterreich) gab namens des Landesverbandes der Industriellen Oberösterreichs sowie des steirischen Eisenwerks- und Stahlverbandes die Erklärung ab, daß diese einem Kollektivvertrag mit der gesamten Gewerkschaftskommission zustimmen. Der Sekretär des Industriellenverbandes der Sektion Graz Dr. Weidenhofer meinte, auch die Unternehmerchaft stehe auf dem Standpunkt, daß die Arbeitsverfassung den modernen Begriffen angepaßt werden müsse. Die Frage der Arbeitslosen sei ein gemeinsames Arbeitsgebiet zwischen Unternehmern und Arbeitern, und es sei nicht angezeigt, sich in dieser Frage immer wieder an den Staat zu wenden. Experte Arbeiter Sackel (Tulln) erklärte, die Arbeiterschaft habe aus den Lohnbewegungen keinen Nutzen gezogen. Es müsse endlich einmal an den Abbau der Lebensmittelpreise geschritten werden. Experte Arbeiter Kandler (Steyr) führte aus, es müsse in erster Linie die Produktion geregelt werden.